

Alter Vorwand, neu inszeniert

Die US-Regierung unter Trump hat den »Krieg gegen die Drogen« wieder zu einem zentralen Mittel ihrer Außenpolitik in Lateinamerika gemacht - und hat damit derzeit Erfolg

Von Frederic Schnatterer

Die Episode erregte hierzulande kaum mediale Aufmerksamkeit. Vor wenigen Wochen stießen kolumbianische Kleinbauern inmitten ihrer Koka- und Kochbananenpflanzungen auf eine nicht explodierte Bombe. Kurz darauf machte der Präsident des Landes, Gustavo Petro, öffentlich, der im Departamento Putumayo gefundene Sprengkörper aus US-Produktion sei von der ecuadorianischen Luftwaffe abgeworfen worden. Nachdem Petro seinem ecuadorianischen Amtskollegen Daniel Noboa einen »Angriff auf kolumbianisches Territorium« vorgeworfen hatte, kamen die Verteidigungsministerien der beiden Nachbarländer später zu dem Schluss, es habe sich um einen Unfall gehandelt. Demnach sei die Bombe auf ein Waffenlager in Ecuador abgeworfen worden. Von dort sei sie, ohne zu explodieren, die rund 300 Meter über die Grenze nach Kolumbien geprallt. Laut Recherchen der *New York Times* von Ende März wurde allerdings nicht ein Waffenlager getroffen, sondern eine einfache Farm von Milchbauern.

Unabhängig davon macht der Vorfall deutlich, wie fragil die Beziehungen zwischen manchen lateinamerikanischen Staaten derzeit sind. Besonders rechts- und linksregierte Länder wie Ecuador und Kolumbien stehen sich teils offen feindlich gegenüber. Noboa hatte bereits im Januar einen Handelskonflikt mit dem Nachbarland vom Zaun gebrochen und 30prozentige Strafzölle auf Waren aus Kolumbien angeordnet. Vor allem aber zeigt der Vorfall, wie schnell die von US-Präsident Donald Trump in der Region forcierte Militarisierung eskalieren kann. Washington begründet seinen Kurs damit, die Drogenkriminalität müsse dort bekämpft werden. Ecuador als treuer US-Verbündeter verortet die Hintermänner des Drogengeschäfts im progressiv regierten Kolumbien.

Obsession des US-Imperialismus

Die US-Regierung hat den »Krieg gegen die Drogen« (»War on Drugs«) in Trumps zweiter Amtszeit, die Anfang 2025 begann, zum wichtigsten Thema ihrer Politik in der Region gemacht. Anfang März gründete sie gar eine multilaterale Allianz, deren Ziel offiziell die »Vernichtung« von Drogenkartellen in Lateinamerika ist. Unter dem Namen »Schild der Amerikas« kamen neben den Vereinigten Staaten Vertreter von zwölf rechts regierten Staaten aus der Region im US-Bundesstaat Florida zusammen. Bei diesem Treffen erklärte Trump: »Wir können diese Feinde nur besiegen, wenn wir die Macht unserer

Streitkräfte entfesseln.« Das sei »das Herzstück der Übereinkunft«. Ecuador ist einer der zwölf US-Verbündeten, Kolumbien ist nicht Teil der Koalition.

Trumps Fokus auf den Kampf gegen Drogenkartelle hat mehrere Gründe. Einerseits leiden die USA unter einer verheerenden Drogenepidemie, der Fentanylkrise. Jährlich sterben Schätzungen zufolge mehr als 100.000 Menschen an einer Überdosis. Das Fentanyl bzw. die Vorläuferstoffe stammen meist aus chinesischer Produktion und werden von mexikanischen Drogenkartellen in den USA vermarktet. Während die Kosten für das Gesundheits- und Justizsystem der Vereinigten Staaten steigen und die wirtschaftliche Produktivität sinkt, nimmt in der Bevölkerung das Bewusstsein zu, dass die Regierung die Krise nicht in den Griff bekommt. Anstatt ganzheitliche Lösungen vorzuschlagen, liefern die Verantwortlichen Erklärungen mit rassistischen Untertönen, die zudem eine »Red Scare« befördern sollen. Schuld an der Krise seien demnach die mexikanischen Drogenkartelle und deren Lieferanten aus (dem kommunistischen) China.

Die Rückkehr zum »Krieg gegen die Drogen« ist allerdings auch außenpolitisch motiviert. Beim Gipfel »Schild der Amerikas« erklärte Trump, die äußerst mächtigen Kartelle stellen »eine inakzeptable Bedrohung für die nationale Sicherheit« vieler Länder Lateinamerikas dar. Das biete »ausländischen Gegnern einen gefährlichen Zugang zu unserer Region, die wir nicht in der Nähe unseres Landes haben wollen. Sie sind ein Krebsgeschwür.« Die Abschlusserklärung des Treffens endet mit den Worten: »Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten müssen externe Bedrohungen in Schach halten, einschließlich böswilliger ausländischer Einflüsse von außerhalb der westlichen Hemisphäre.«

Gemeint ist vor allem China, das Washington in der im vergangenen Herbst vorgestellten »Nationalen Sicherheitsstrategie« als »strategischen Kontrahenten« definierte. Die Volksrepublik konnte in den vergangenen Jahren wirtschaftlich enorm in der Region aufholen. Für viele Länder ist sie mittlerweile der wichtigste Handelspartner vor den USA. Angelehnt an die Monroe-Doktrin, mit der den europäischen Großmächten vor mehr als 200 Jahren jeglicher Anspruch auf den amerikanischen Doppelkontinent abgesprochen wurde, heißt es: »Amerika den Amerikanern«. Lateinamerika – die »westliche Hemisphäre« – wird als »natürliche Einflussosphäre« der USA definiert. Sie soll laut Trump nicht zuletzt militärisch abgesichert werden. Der »Krieg gegen die Drogen« ist der Versuch, den militärischen Einfluss und letztlich die US-Hegemonie in Lateinamerika zu legitimieren und abzusichern.

Ein willfähriger Untertan

Der Fund der Bombe auf kolumbianischem Staatsgebiet fiel zeitlich mit der Ankündigung der USA zusammen, gemeinsam mit den ecuadorianischen Streitkräften Militäroperationen durchzuführen. Ziel seien »ausgewiesene terroristische Organisationen in Ecuador«, hieß es Anfang März in einem kurzen Videoclip des Südkommandos der US-Streitkräfte (Southcom). Die Kooperation sei »ein eindrucksvolles Beispiel für das Engagement der Partner in Lateinamerika und der Karibik im Kampf gegen die Geißel des Drogenterrorismus«. Später berichteten Medien über Bombardements von

Camps mutmaßlicher Drogenbanden in unmittelbarer Nähe der Grenze zu Kolumbien.

Unter Noboa hat sich Ecuador zum willfährigen Untertanen Trumps entwickelt. Das Land an der südamerikanischen Westküste zwischen Kolumbien und Peru ist heute ein Zentrum des internationalen Drogenhandels und wichtigster Umschlagplatz für Kokain, das über seine modernen Häfen verschifft wird. Bereits Anfang 2024 hatte der Präsident offiziell einen »internen bewaffneten Konflikt« mit den Drogenbanden verkündet, die er als »terroristisch« einstufte. Seit seinem Machtantritt am 23.11.2023 regiert Noboa immer autoritärer, zum Beispiel hat er 17 Dekrete zu Ausgangssperren unterzeichnet. Die Gewalt im Land hat die Regierung dadurch jedoch nicht in den Griff bekommen. Im Gegenteil: Nie zuvor wurden mit mehr als 9.000 Fällen so viele Morde registriert wie im vergangenen Jahr. Das entspricht mehr als 50 Morden pro 100.000 Einwohner, und damit sind es mehr als im Nachbarland Kolumbien.

Die Zusammenarbeit Noboas mit den USA umfasst, neben den erwähnten gemeinsamen Militäroperationen, die Ausbildung von Polizeikräften durch US-Beamte, den Austausch von Geheimdienstinformationen, taktische Ausrüstung und logistische Unterstützung für Einsätze. Im März unterzeichnete Vizepräsidentin María José Pinto eine Absichtserklärung darüber, in Quito ein FBI-Auslandsbüro zu schaffen. Zuletzt war immer wieder öffentlich darüber spekuliert worden, ob die USA auf den zu Ecuador gehörenden Galápagosinseln eine Militärbasis eröffnen würden. Im November 2025 hatte sich eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung in einem Referendum gegen ausländische Stützpunkte im Land ausgesprochen.

Unter Generalverdacht

Beendet worden war der »Krieg gegen die Drogen« in den vergangenen Jahrzehnten nie. Mehr als ein halbes Jahrhundert ist es her, dass der damalige US-Präsident Richard Nixon die Begrifflichkeit schuf. Bei einer Pressekonferenz am 17. Juni 1971 erklärte er den Drogenkonsum zum »Staatsfeind Nummer eins«. »Um diesen Feind zu bekämpfen und zu besiegen, ist es notwendig, eine neue, umfassende Offensive zu starten.« Bei dieser müsse es sich um »eine weltweite Offensive« handeln, »die sich mit den Problemen der Versorgungsquellen befasst«, so Nixon weiter.

Allerdings verfolgte der Republikaner zunächst innenpolitische Ziele. In den später 60er Jahren verbreitete sich unter traumatisierten US-Soldaten, die vom Vietnamkrieg zurückgekommen waren, der Missbrauch von Heroin. Auch in Jugendkulturen und der Antikriegsbewegung stieg der Konsum von Drogen. Die Antwort der Nixon-Regierung war eine härtere Strafverfolgung. Diese diente nicht zuletzt dazu, ganze Bevölkerungsgruppen unter Generalverdacht zu stellen. So sollte die Repression gegen die afroamerikanische Bürgerrechts- und die linke Antikriegsbewegung gerechtfertigt werden.

Nixons »Krieg gegen die Drogen« im Inneren kann als Vorläufer für den späteren politischen Kurs in Lateinamerika verstanden wurde. Eine zentrale Rolle dabei spielt bis heute die Strafverfolgungsbehörde Drug Enforcement Administration (DEA), die dem Justizministerium unterstellt ist. 1973 gegründet, hat die DEA ihren Hauptsitz in Arlington, Alabama, und damit in

unmittelbarer Nähe des Pentagon. 2025 verfügte die Behörde über fast 10.000 feste Mitarbeiter und einen Haushalt von 3,8 Milliarden US-Dollar. Sie ist, neben ihrer Tätigkeit in den USA, in 60 Ländern aktiv, in denen sie 93 Büros unterhält.

Frage nationaler Sicherheit

Im Jahr 1986 erklärte Präsident Ronald Reagan die Drogen zur »Bedrohung für die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten« - ein zentraler Schritt dafür, die Bekämpfung bald auch militärisch zu organisieren. Sein Nachfolger George Bush senior ließ Taten folgen: Als Teil des Kampfes gegen die Drogenbanden kündigte er 1989 »Hilfe« für drei südamerikanische Länder an. »Unsere Strategie sieht für das kommende Jahr mehr als 250 Millionen Dollar an militärischer und polizeilicher Hilfe für die drei Andenländer Kolumbien, Bolivien und Peru vor«, erklärte er. Das werde »der erste Teil eines Fünfjahresprogramms in Höhe von zwei Milliarden Dollar sein, um den Produzenten, Händlern und Schmugglern entgegenzuwirken«.

Nur kurze Zeit später folgte die nächste Eskalation. Am 20. Dezember 1989 begannen US-Streitkräfte die Operation Just Cause, um Panamas Präsidenten Manuel Antonio Noriega zu stürzen. Noriega hatte zunächst auf der Gehaltsliste der CIA gestanden, wurde wegen Souveränitätsansprüchen auf den Panama-Kanal allerdings zu einer Gefahr für die US-Interessen in der Region. Washington warf ihm vor, in Zusammenarbeit mit dem von Pablo Escobar geführten Medellín-Kartell aus Kolumbien Gelder aus dem Drogenhandel gewaschen zu haben. US-Truppen marschierten in das zentralamerikanische Land ein; Schätzungen zufolge kamen mehrere tausend Menschen bei der Invasion ums Leben. Noriega, der in die diplomatische Vertretung des Vatikans geflohen war, wurde am 3. Januar 1990 von US-Streitkräften entführt und 1992 in Miami unter anderem wegen Drogenhandels zu einer langen Haftstrafe verurteilt.

Präzedenzfall Plan Colombia

Der »Krieg gegen die Drogen« dient zum einen der Legitimierung von Einflussnahme bis hin zu direkten militärischen Eingriffen in die Souveränität lateinamerikanischer Staaten. Zum anderen zielt er auf die langfristige Militarisierung der Region. Der Präzedenzfall dafür ist der sogenannte Plan Colombia, der im Jahr 2000 von US-Präsident Bill Clinton und seinem kolumbianischen Amtskollegen Andrés Pastrana aus der Taufe gehoben wurde. Er wurde zur größten US-Militärhilfe in der Geschichte Lateinamerikas.

Offiziell bestand das Ziel darin, die Kokainproduktion in Kolumbien in sechs Jahren um 50 Prozent zu reduzieren. Um die Kokaplantagen zu vernichten, wurden von Flugzeugen aus großflächig Herbizide versprüht; die Folgen für andere Pflanzungen der Kleinbauern waren enorm. Zwar konnte die Anbaufläche für Koka zwischen 2001 und 2004 tatsächlich von etwa 170.000 auf 114.000 Hektar reduziert werden. Mittlerweile ist Kolumbien allerdings wieder der wichtigste Kokaproduzent der Welt. 2022 betrug die Anbaufläche laut UN-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) 230.000 Hektar.

Vor allem aber ging es darum, die kolumbianischen Streitkräfte zu stärken und so die damals mächtige und heute aufgelöste Guerillagruppe FARC-EP sowie andere bewaffnete Organisationen zu schwächen. Allein zwischen 2000 und 2003 flossen 2,5 Milliarden Dollar nach Kolumbien. Insgesamt waren es mindestens zehn Milliarden, von denen der Großteil ans Militär ging. Es wurde ein Gemeinsames Kommando zur Drogenbekämpfung (JACD) eingerichtet, und es wurden 600 Berater der US-Streitkräfte nach Kolumbien geschickt. Dort bildeten sie, geschützt mit diplomatischer Immunität, rund 26.000 kolumbianische Soldaten in »Aufstandsbekämpfung« aus. Hinzu kam Ausrüstung wie hochmoderne Helikopter und Spionagetechnik.

Die Militäreinsätze gegen die FARC und andere Guerillagruppen konzentrierten sich dabei auf Regionen, die reich an Rohstoffen und/oder strategisch besonders bedeutend waren. Gleichzeitig festigten die USA ihre dauerhafte Militärpräsenz in Kolumbien. 2009 erhielt die US-Armee die Erlaubnis, insgesamt sieben Stützpunkte im Land zu nutzen. Ihr ging es dabei nicht zuletzt darum, eine Drohkulisse gegen die Regierung von Hugo Chávez im Nachbarland Venezuela aufzubauen. Besonders der Stützpunkt Palanquero ermöglichte es den USA, Venezuela zu überwachen. Auch große Teile des Amazonasbeckens sind von Palanquero aus kontrollierbar.

Der Plan Colombia führte zu einer diskursiven Verschiebung: weg vom Kampf gegen den reinen Drogenhandel, hin zum Krieg gegen den »Narcoterrorismus«. In Folge des nach den Anschlägen auf das World Trade Center in New York City vom 11. September 2001 von der Regierung George Bush jr. ausgerufenen »Kriegs gegen den Terror« wurde so ein Überbegriff geschaffen, der (linke) Widerstandsbewegungen mit dem Drogenhandel assoziierte. Dieses Narrativ erlaubte außerdem, im Kampf gegen die Drogenkriminalität nicht mehr wie zuvor auf Polizei und Justiz zu setzen, sondern die Aufgabe ans Militär abzugeben. Der »Krieg gegen die Drogen« wurde zu einer Angelegenheit der »Aufstandsbekämpfung« gegen all jene Akteure, die die neoliberale und neokoloniale Ordnung in Frage stellten.

»Wie die Al-Qaidas dieser Welt«

Noch am Tag seines zweiten Amtsantritts, dem 20. Januar 2025, unterzeichnete Trump die Executive Order 14157, mit der Drogenkartelle zu »ausländischen terroristischen Organisationen« erklärt wurden. Das ermöglicht es den USA, Vermögenswerte einzufrieren sowie andere Sanktionen anzuwenden. Vor allem aber machte die Maßnahme den Weg dafür frei, Gewalt gegen die betroffenen Kartelle – darunter größtenteils solche aus Mexiko – einzusetzen. In den folgenden Monaten bestätigte das Weiße Haus wiederholt, die USA befänden sich in einem »bewaffneten Konflikt« mit »Drogenterroristen«. Im September 2025 sagte FBI-Chef Kash Patel, die US-Regierung werde lateinamerikanische Drogenkartelle »wie die Al-Qaidas dieser Welt behandeln«.

Ins Zentrum der US-Anstrengungen geriet rasch die venezolanische Regierung unter Präsident Nicolás Maduro. Unter dem Vorwand, es handle sich um Drogenboote, führen US-Soldaten seit September 2025 zahlreiche extralegale Tötungen in Karibik und Pazifik durch. Die Zahl der Opfer hat mittlerweile mehr als 160 erreicht. Beweise für die Behauptung, mit den Booten würden Drogen transportiert, wurden in keinem der Fälle erbracht. Bereits 2009 hatte

der US-Kongress Venezuela zum »Narcostaat« erklärt. Präsident Maduro sowie weiteren ranghohen Regierungsmitgliedern warf Washington vor, an der Spitze des fiktiven Cartel de los Soles zu stehen. Offizielle Zahlen zum weltweiten Drogenhandel zeigen allerdings, dass Venezuela, wenn überhaupt, eine untergeordnete Rolle spielt.

Im Morgengrauen des 3. Januar 2026 attackierten US-Streitkräfte Caracas und andere Teile Venezuelas. Spezialkräfte drangen in den Präsidentenpalast Miraflores ein und entführten Maduro und seine Frau Cilia Flores. Seitdem sitzen beide in einem Gefängniskomplex in Brooklyn, New York City, ein. In den USA soll ihnen wegen »Drogenterrorismus« der Prozess gemacht werden. Der Vorwurf, sie stünden an der Spitze des Cartel de los Soles, wurde indes wegen mangelnder Beweise fallengelassen. Die Parallelen zur Entführung von Panamas Präsidenten Noriega Ende 1989 sind deutlich.

In Caracas regiert derweil mit Delcy Rodríguez die vorherige Vizepräsidentin. Sie agiert bislang – unter dem Eindruck der weiter bestehenden Drohkulisse aus Washington – wie eine Marionette der US-Regierung. Während ihrer ersten Monate als Interimspräsidentin trieb sie die Öffnung von Erdöl- und Erdgasunternehmen sowie anderer Bergbaubetriebe für private Investoren voran, bei denen es sich größtenteils um US-Konzerne handelt. Venezuela verfügt über die bedeutendsten bestätigten Ölvorkommen der Welt, Mineralien wie Gold und Kupfer sowie seltene Erden, die im Konkurrenzkampf mit China für die USA von großer Bedeutung sind. Neben dem Zugriff auf Rohstoffe geht es Washington darum, mit Venezuela ein geostrategisches Territorium de facto zu kontrollieren. Das Land ermöglicht mit seiner langen Küste am Karibischen Meer und am Atlantik direkten Zugang zu wichtigen maritimen Handelswegen und fungiert von Norden gesehen als Tor nach Südamerika.

Widerstandsachse im Visier

Mit der Attacke auf Venezuela haben die USA ein weiteres Land Lateinamerikas gefügig gemacht. Hinzu kommen andere Staaten wie Chile, Bolivien oder Honduras, in denen im vergangenen Jahr US-freundliche Regierungen gewählt wurden. Dorn im Auge Washingtons bleiben zunächst allerdings die drei regionalen Schwergewichte Mexiko, Brasilien und Kolumbien, die nicht Teil des »Schildes der Amerikas« sind. Sie gehören zu den vier wichtigsten Volkswirtschaften Lateinamerikas, ihre Bevölkerungen machen mehr als die Hälfte aller in der Region lebenden Menschen aus. Während die Amtszeit von Mexikos sozialdemokratischer Präsidentin Claudia Sheinbaum noch bis 2030 andauert, wird in Kolumbien und Brasilien in diesem Jahr gewählt. Rechte Oppositionskandidaten machen sich in beiden Staaten Hoffnung auf eine Rückeroberung des Präsidentenamts.

Für Trump wären Wahlsiege untergebener Kandidaten in Kolumbien und Brasilien wichtig. Es ist wahrscheinlich, dass er dabei auch nachhelfen möchte. Gerade im Fall Kolumbiens dürften die USA versuchen, unter dem Vorwand der Bekämpfung des Drogenhandels Einfluss auf die Wahl zu nehmen. Am 20. März 2026 berichtete die Nachrichtenagentur AP, die DEA führe den linken kolumbianischen Präsidenten Petro als »prioritäres Ziel« im Zusammenhang mit Drogenschmuggel – ein Vorwurf, den auch die Opposition regelmäßig vorbringt. Nach der Attacke auf Venezuela hatte Trump öffentlich gedroht, eine

ähnliche Militäroperation gegen Kolumbien zu befehlen. Zuletzt entspannte sich die Beziehung zwischen ihm und Petro allerdings.

Angesichts des Vormarschs rechter Kräfte in der Region und der aggressiven US-Außenpolitik fällt es souverän auftretenden Staaten immer schwerer, ein Gegengewicht zu schaffen. Im März zeigte sich das bei einem Gipfeltreffen von Vertretern der Gemeinschaft lateinamerikanischer und karibischer Staaten (Celac) in Bogotá, wo sie mit Vertretern der Afrikanischen Union zusammenkamen. Zwar warnte der brasilianische Präsident Luiz Inácio Lula da Silva, der als einer von wenigen Staatschefs persönlich gekommen war, vor einer »neuen Kolonisierung« Lateinamerikas und forderte verstärkte Bemühungen der regionalen Integration. Allerdings musste auch er eingestehen, dass die Celac angesichts des Erstarkens der Rechten »praktisch aufhört zu existieren«.

Mit Strategien wie dem »Krieg gegen die Drogen« setzen die USA darauf, die Staaten Lateinamerikas entlang ideologischer Linien zu spalten. Koalitionen wie der »Schild der Amerikas« sind direkter Ausdruck davon und machen andere multilaterale Organisationen wie die Celac, aber auch früher den US-Interessen dienliche Foren wie die Organisation Amerikanischer Staaten zunehmend obsolet. Initiativen wie der »Lateinamerikanische und karibische Drogengipfel«, der im September 2023 im kolumbianischen Cali alternative Herangehensweise an die Problematik diskutierte, geraten ins Hintertreffen. Damals erklärte Petro, der »Krieg gegen die Drogen« bedeute »eine blutige und brutale Erfahrung (...), bei der wir, die Gesellschaften Lateinamerikas und der Karibik, die größten Opfer sind und nicht die Täter«. Das gilt während Trumps zweiter Amtszeit umso mehr.

Frederic Schnatterer ist freier Journalist. An dieser Stelle schrieb er zuletzt am 20. Dezember 2024 über die Wirtschaftskooperationen lateinamerikanischer Staaten: »[Vier Fäuste in Rio](#)«

<https://www.jungewelt.de/artikel/520379.lateinamerika-alter-vorwand-neu-inszeniert.html>